

Vorblatt

Inhalt:

Mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf wird die Gaskennzeichnungsverordnung über die Ausgestaltung der Gaskennzeichnung gemäß § 130 GWG 2011 sowie der Nachweise zu den verschiedenen Primärenergieträgern geregelt.

Alternativen:

Keine.

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Durch die Schaffung von einheitlichen Standards für die Gaskennzeichnung nach dem Vorbild der Stromkennzeichnung wird der Wirtschaftsstandort Österreich gestärkt und der zunehmenden Kundennachfrage nach erneuerbarem Gas, auch aus regionalen Quellen, Rechnung getragen. Eine transparente und informative Gaskennzeichnung ermöglicht und verbessert das Funktionieren eines liberalisierten Gasmarktes, welcher sich positiv auf die Gesamtwirtschaft auswirkt. Durch die Miteinbeziehung der Besonderheiten von Power-to-Gas wird im Zuge der Sektorkopplung auch die Transparenz der Stromkennzeichnung weiter erhöht.

Finanzielle Auswirkungen:

Die vorgesehenen Regelungen haben keine Auswirkungen auf Bundes- oder Landesbudgets.

Auswirkungen in konsumentenschutzpolitischer sowie sozialer Hinsicht:

Das Vorhaben führt zu einer Erhöhung der Verbrauchsinformation für Verbraucher. Die Transparenz für den Endkunden wird in einem erheblichen Ausmaß gesteigert und damit bewusste Entscheidungen für den Endkunden zugunsten des Verbrauchs von erneuerbarem Gas ermöglicht.

Auswirkungen in umweltpolitischer Hinsicht, insbesondere Klimaverträglichkeit:

Es ist durch die Maßnahmen in Bezug auf Verbrauchstransparenz im Wege der Stärkung der Nachfrage nach erneuerbarem Gas mit positiven Auswirkungen auf Emissionen von Treibhausgasen zu rechnen.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union:

Durch die Verordnung wird die Richtlinie 2018/2001/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Neufassung), ABl. Nr. L 328 vom 21.12.2018 S. 82, umgesetzt.

Besonderheiten des Normsetzungsverfahrens:

Die Verordnung wird gemäß § 7 Abs. 1 Energie-Control-Gesetz vom Vorstand der E-Control erlassen. Diese Verordnung ist vor Erlassung vom Regulierungsbeirat gemäß § 19 Abs. 2 Z 2 E-ControlG zu erörtern.

Erläuterungen zur Verordnung der E-Control über die Regelungen zur Gaskennzeichnung und zur Ausweisung der Herkunft nach Primärenergieträgern (Gaskennzeichnungsverordnung)

Zu § 1: Regelungsgegenstand

Gemäß § 130 Abs. 9 GWG 2011 kann die E-Control durch Verordnung nähere Bestimmungen über die Gaskennzeichnung erlassen. Die Verordnungskompetenz der Regulierungsbehörde umfasst auch die Vorgaben zur Ausgestaltung der Nachweise und der Gaskennzeichnung selbst. Diese Verordnung bezieht sich auf die verpflichtende Gaskennzeichnung gemäß § 130 Abs. 10 GWG 2011 bzw. auf die freiwillige Gaskennzeichnung von Versorgern, bevor die Voraussetzung für eine verpflichtende Kennzeichnung erfüllt ist. In beiden Fällen dient die frühzeitige Erlassung als Orientierungshilfe. Weiters werden die Vorgaben der Richtlinie 2018/2001/EG umgesetzt.

Zu § 3: Darstellungsform

Die Darstellung der Gaskennzeichnung in Tabellenform gemäß Abs. 2 ist vorzunehmen. Gemäß Abs. 7 ist das gleiche Format für Versorgermix und etwaige freiwillig angeführte Produktmixe anzuwenden, wobei der Versorgermix in der Anordnung immer vorangestellt und es klar ersichtlich sein muss, dass es sich ausschließlich beim Versorgermix um das gesetzlich vorgegebene Darstellungsformat handelt. Sofern zusätzlich Diagramme angeführt werden, darf es zwischen Versorger- und Produktmix keine Ungleichbehandlung geben.

Zu § 4: Ausweisung des Versorgermixes und vertiefende Produktkennzeichnung

In der Nachweisdatenbank werden drei Hauptkategorien von Gas unterschieden. Die Klassifizierungstiefe erfolgt entsprechend den von nach dem Akkreditierungsgesetz 2012, BGBl. I Nr. 28/2012, zugelassenen Prüf-, Überwachungs- oder Zertifizierungsstellen bestätigten anlagenspezifischen Informationen. Eine Klassifizierung entsprechend der Hauptkategorien (Erdgas/erneuerbare Gase/Gas aus sonstigen Energieträgern) ist erforderlich, eine tiefgreifendere Spezifikation ist anhand der in der Nachweisdatenbank voreingestellten Parameter möglich, jedoch lediglich nach Bestätigung der anlagenspezifischen Informationen. Es ist daher beispielsweise zulässig, dass ein Versorger, der einen – dokumentierten – Versorgermix von 50% Erdgas (A), 20% Biomethan aus Holzabfällen (B.1.4.3), 20% Wasserstoff auf Basis von elektrischer Wind- und Sonnenenergie (B.2.1) und 10% synthetisches Methan auf Basis von elektrischer Wind- oder Sonnenenergie (B.3.1) aufweist, diesen Mix genauso darstellt oder einfach nur 50% Erdgas (A) und 50% erneuerbare Gase (B) angibt. Auch die Angabe „50% Erdgas (A), 20% Biomethan (B.1), 20% Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energieträger (B.2) und 10% synthetisches Methan auf Basis von elektrischer Wind- oder Sonnenenergie (B.3.1)“ ist zulässig. Unzulässig wäre es jedoch in diesem Fall, die Prozentsätze von B.2 und B.3 zu Biomethan hinzuzurechnen, da Wasserstoff auf Basis erneuerbarer Energieträger (B.2) und synthetisches Methan auf Basis erneuerbarer Energieträger (B.3) eben kein „Biomethan“ sind.

Freiwillige Zusatzangaben:

Die in der Verordnung aufgelisteten freiwilligen Zusatzangaben zum Versorgermix sind erlaubt, jedoch nicht verpflichtend. Sofern diese gemacht werden, sind sie in der Reihung jedenfalls nachgestellt dem Versorgermix anzuführen und es darf in der Darstellungsform zu keiner Ungleichbehandlung bzw. Besserstellung von freiwilligen Produktangaben gegenüber dem Versorgermix kommen.

Produkte

Produktspezifische Informationen bieten insbesondere vor dem Hintergrund eines aktuell niedrigen und erst mittelfristig steigenden Anteils erneuerbarer Gase die Möglichkeit nachzuweisen, welcher Anteil erneuerbares Gas an einen spezifischen Endkunden geliefert wurde. Somit ist auch bei einem aktuell allenfalls geringen Anteil erneuerbarer Gase im Versorgermix ein endkundenspezifischer Nachweis für den Bezug von erneuerbarem Gas möglich. Sofern ein Versorger im Rahmen des Verkaufs an Endverbraucher eine Produktdifferenzierung mit unterschiedlichem Energiemix vornimmt, gilt insbesondere auch die Bestimmung des § 130 Abs. 4 GWG 2011.

Herkunftsländer der Nachweise

Nachweise aus fossilen oder erneuerbaren bzw. sonstigen Energieträgern sind gleich zu behandeln. Somit dürfen auch fossile Nachweise für Anlagen in Österreich, die in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde generiert werden, als Nachweise aus Österreich gekennzeichnet werden. Die Aufschlüsselung nach Herkunftsländern braucht – da die Provenienz der Gasmengen dem Versorger in der Regel nicht zur Gänze bekannt ist – nicht vollständig zu sein. Es ist daher die – mit Dokumentation

der originären Netzeinspeisung in Österreich hinterlegte – Ausweisung „20% der Nachweise stammen aus Österreich“ zulässig.

Angaben, wie viel Prozent des Gases gemeinsam mit den dazugehörigen Nachweisen erworben wurden

Bei dieser freiwilligen Zusatzangabe beziehen sich die Angaben darauf, welche Menge an Gas von der Produktion an bis zum Verbrauch gleichzeitig mit den dazugehörigen Nachweisen („Gasmolekül mit Ursprungsmascherl“) erworben wurden.

Zu § 5: Ausweisung der Umweltauswirkungen

Im Fall einer freiwilligen Ausweisung der Umweltauswirkungen vom ins öffentliche Netz eingespeisten und verbrauchten Gas hat eine Ausweisung bei CO₂-Emissionen in Gramm je kWh (g/kWh) und bei Feinstaub in mg/kWh zu erfolgen. Die Durchschnittswerte gemäß Abs. 2 werden auf der Webpage der E-Control (www.e-control.at) veröffentlicht. Sollten bei Power-to-Gas gegebenenfalls auch Stromnachweise eingesetzt werden, die aus nuklearen Quellen stammen, ist bei der späteren Gaskennzeichnung für den Verbrauch dieses Gases aus nuklearen Quellen die Angabe von radioaktivem Abfall in Milligramm je kWh (mg/kWh) verpflichtend (vgl. § 4 Abs. 3 Z 3).

Bei erneuerbarem Gas fallen keine CO₂-Emissionen an. Eine allfällige Angabe von Umweltauswirkungen hat sich daher nur auf jene Teile des Versorgermixes zu beziehen, die nicht erneuerbares Gas umfassen.

Zu § 6: Anerkennung von Gasnachweisen für Gas aus nicht-österreichischer Erzeugung

Österreich verfügt über eines der besten Systeme der Dokumentation, Kontrolle und Transparenz der Herkunftsnachweise für Strom in Europa. Ein vergleichbares System wird auch für die Kennzeichnung von Gas geschaffen. Ein Gaskennzeichnungssystem, das diesen Ansprüchen Genüge tun und höchstmögliche Glaubwürdigkeit und Akzeptanz besitzen will, muss daher elektronisch verfügbar, eindeutig und betrugssicher sein sowie sicherstellen, dass keine Doppelausstellung oder Doppelverwendung von Nachweisen erfolgt. Die Anerkennung und Verwendung von ausländischen Nachweisen muss daher, um diese Standards zu erhalten und keine Ungleichbehandlung von inländischer Erzeugung erneuerbaren Gases und damit verbundener Wertschöpfung zu evozieren, denselben Kriterien entsprechen.

Zu § 7: Gültigkeit von Nachweisen

Die Beschränkung der Gültigkeit von Nachweisen basiert auf den Vorgaben der Richtlinie 2018/2001/EG. Diese Vorgabe gilt gleichermaßen für den Strombereich, wo rückgestellte Nachweise für in Pumpspeicherkraftwerken gespeicherten Strom bereits derzeit immer nur die Nutzung im Rahmen der Kennzeichnung für das Jahr der Stromerzeugung (=Generierung der Nachweise) erlauben. Eine rollierende Nutzung von auf diesem Wege rückgestellten Nachweisen für Strommengen in Pumpspeichern durch entsprechende Zuordnung zu ausgespeicherten Energiemengen ist jedoch möglich. Diese Logik gilt gleichermaßen im Gasbereich und für die Speicherung von Gas in Gasspeichern.

Zu § 8: Registerdatenbank

Die bereits für den Strombereich etablierte Registerdatenbank der E-Control kommt auch für den Gasbereich zur Anwendung. Durch eine indirekte Bereitstellung von Daten an die Registerdatenbank der E-Control über das Biomethanregister des Bilanzgruppenkoordinators werden Doppelmeldungen/-aufwände bei Marktteilnehmern vermieden. Das Biomethanregister ist ein zur freiwilligen Nutzung angebotenes Servicetool, welches zumindest in Bezug auf Bewegungsdaten (wie Ein-/Auspeisungen) auf die Daten des Bilanzgruppenkoordinators zugreift.

Zu § 9: Übergangsfristen

Die Übergangsfrist leitet sich aus folgenden Erwägungen ab: Basierend auf der RL 2018/2001/EG sind die Regelungen zu den Nachweisen bis zum 30. Juni 2021 in nationales Recht umzusetzen. Somit haben ab 1. Juli 2021 Endkunden ein Recht auf Gaskennzeichnung. Dies wiederum impliziert, dass bereits ab 1. Jänner 2020 ein nationales elektronisches Nachweissystem in Betrieb ist, in dem Nachweise für den Ausweis im Jahr 2021 (für das Geschäftsjahr 2020) generiert, gehandelt und entwertet werden. Um einen reibungslosen Vollbetrieb der Nachweisdatenbank ab 1. Jänner 2020 zu gewährleisten, erfolgt die Operativsetzung der Nachweisdatenbank durch die Regulierungsbehörde bereits ab 1. Juli 2019. Ab diesem Zeitpunkt können Nachweise für Gas in der Nachweisdatenbank der Regulierungsbehörde generiert werden. Durch Meldung der Entnahmemengen von Endverbrauchern durch Netzbetreiber bzw. den Bilanzgruppenkoordinator für den Versorger werden diese operativ entlastet und die Grundlage für die Entwertung von Nachweisen zum Zwecke der Gaskennzeichnung geschaffen. Beim Inhalt dieser Meldung sind, auf Basis einer allfälligen und zeitlich nachgelagerten Anpassung der Marktregeln, besondere Anforderungen der „Greening the Gas“ Initiative im Rahmen der Umsetzung der Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung zu berücksichtigen. Jedenfalls ist ab 1. Jänner 2020 diese

Datenbank zu nutzen, um eine Ausweisung der Gaskennzeichnung gegenüber dem Endkunden ab 2021 zu gewährleisten.

Zu § 10: Inkrafttreten

Diese Verordnung gilt ab dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens für die Kennzeichnung auf verpflichtender Basis bei Überschreiten des Schwellenwertes gemäß § 130 Abs. 10 GWG 2011 sowie auf freiwilliger Basis ohne Überschreiten des Schwellenwertes.